



Berlin, 01. Oktober 2008

GdP: Bereitschaftspolizei an der Belastungsgrenze Gewalt explodiert auf den Straßen

Bad Staffelstein. Die Gewaltentwicklung im Fußball und bei Auseinandersetzungen zwischen Links- und Rechtsextremisten hat die Bereitschaftspolizeien der Länder an ihre Belastungsgrenze gebracht. Konrad Freiberg, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP): „Die Zahl der Einsätze, bei denen sich die Länder gegenseitig unterstützen müssen, betrug im Jahr 2004 41. In diesem Jahr werden es 140 sein. Mittlerweile ist jeden dritten Tag ein Bundesland nicht mehr in der Lage, das dortige Geschehen mit eigenen Polizeikräften zu bewältigen. Fast die Hälfte aller Einsätze betreffen das Fußballgeschehen. Allein dort stiegen die Straftaten in den vergangenen fünf Jahren um über 40 Prozent.“

Dringend, so die Gewerkschaft der Polizei, die rund 80 Hundertschaftsführer und Experten aus Polizei, Wissenschaft und Politik zu einem Fachsymposium im fränkischen Kloster Banz geladen hatte, benötigten die Bereitschaftspolizeien in Bund und Ländern eine massive Erhöhung ihrer Personalstärke. Freiberg: „Es ist unverantwortlich, wenn angesichts dieser Entwicklung einzelne Länder sogar noch über einen Abbau ihrer Geschlossenen Einheiten nachdenken.“

Die Polizei-Praktiker schilderten auf dem Symposium ein erschreckendes Bild der Gewaltbereitschaft im Fußball und der politisch linken und rechten Szene. Jörg Radek, für die Bereitschaftspolizei zuständiges Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes: „Immer öfter wird die Polizei bei Fußballeinsätzen direkt angegriffen. So gab es 2007 371 verletzte Kolleginnen und Kollegen, 2008 stieg ihre Zahl auf 434.“ Die Zahl der zunehmend in Schwarz auftretenden brutalen Schläger bei Fußballeinsätzen wuchs nach Beobachtung der Polizei auf mittlerweile 16000. Wie im Fußballgeschehen, als auch bei politischen Demonstrationen trete der „Schwarze Block“ zunehmend organisierter auf, und es seien bereits Führungsstrukturen zu beobachten.

Freiberg „Es ist absehbar, dass immer mehr gesellschaftliche und soziale Konflikte künftig gewaltsam auf den Straßen ausgetragen werden.“

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190